



Natur, Bildung und Soziales, Bürger informieren Bürger e.V.

www.nabis.de

.....März 2007

Nabis Rundbrief März 07

Was gibt's hier?

- Neues zum ehemaligen AWO-Häuschen in Raderberg
- Erfolg für die Baumschützer am Rodenkirchener Rheinufer, ein Bericht
- Was ist das Informationsfreiheitsgesetz?
- Über die Reklameveranstaltung zum Abholzen am Rheinufer und zur Bürgerversammlung am 18.01
- Treffpunkt im Eifelwall Nr. 3 (alte Desinfektionsanstalt) schon wieder am Ende
- Termine: Veranstaltungen von Nabis
- Wer sind wir (Rückseite unseres neuen Flugblattes)
- „Autos statt Bäume“ Ein taz-Artikel zu einer sehr besorgniserregenden Entwicklung in NRW (Umweltschützer sollen nicht mehr klagen dürfen) vom 25 Januar 2007

Das AWO-Häuschen ist leer!

Die Geschichte des AWO-Häuschens geht weiter und wirft ein Schlaglicht auf die Stadtteilpolitik der Bezirksvertretung Rodenkirchen (im folgenden immer BV2 genannt).

Das AWO – Häuschen sollte als „**einen Ort für möglichst vielfältiges bürgerschaftliches Engagement erhalten**“ werden, so die Entscheidung der BV2 im September 06. Doch 3 Monate später, -der Verein Nabis e.V. war zwar zwischenzeitlich vom Liegenschaftsamt als potentieller Nachmieter vorgeschlagen worden-, war die Entscheidung durch das selbe Gremium schon wieder vergessen worden. Die BV2 entschied sich ohne Begründung und ohne Diskussion für die Vermietung des Häuschens an die Rodenkirchener Jugend – Kunst - Schule, die das Häuschen **als Werkstatt** nutzen wollen. Das selbst beschlossene „möglichst vielfältige bürgerschaftliches Engagement“, as man mit dem Häuschen fördern wollte, war plötzlich egal. Das sich 5 verschiedene ortsansässige Vereine und Initiativen (die Grünen Raderberg, SPD-Mitglieder aus Raderberg, Initiative Vater und Kind, die Amalgam-Selbsthilfegruppe, der Kunst-Salon und Nabis) fast alle ohne Räumlichkeiten, sich um das bezahlbare Häuschen bemüht haben... egal. Das wir von Nabis Konzepte ausarbeiteten, andere und ähnliche Initiativen zum Erfahrungsaustausch besuchten, alle Vertreter in der BV 2 (die Politik)

anschieden und ein Konzept – Diskussion vorschlugen... egal. Das Frau Zimmermann, die jetzige Nachmieterin mit ihrem sicherlich nützlichen Verein bereits über 7 (!) (in Worten: sieben) andere Treffpunkte und Werkstätten verfügt, wie in ihrer Selbstdarstellung der Jugend-Kunst Schule zu lesen steht..... egal. Daß das sogenannte „Bürgerzentrum Zollstock“ am Rosenzweigweg für den Bürger völlig inakzeptabel ist und am Wochenende 250 Euro kostet und in der Woche für zwei Stunden Sitzen 50 Euro (plus Putzen) und die Jugend da keinen Zutritt hat...egal.

Hatte uns Frau Zimmermann, die Chefin der Rodenkirchener Jugend – Kunst – Schule, am Tag ihrer Erstbesichtigung des AWO-Häuschens (sie kommt ja aus Rodenkirchen und kannte das Häuschen nur aus der Zeitung) im Dezember noch versprochen, mit uns zu kooperieren, blieben unsere beiden höflichen und freundlichen Briefe bis heute (März 07) unbeantwortet.

Der Ort, der für möglichst vielfältiges bürgerschaftliches Engagement erhalten bleiben sollte, ist jetzt vermietet. Doch das AWO-Häuschen steht bis heute leer, die verschiedenen ortsansässigen Initiativen sitzen weiterhin im Regen, die Jugend in Raderberg sitzt weiterhin auf der Straße, wir können weiterhin keinen Nachhilfeunterricht und keine Jugendparty

organisieren, es gibt weiterhin kein Müttercafe, wir haben weiterhin keine Bibliothek, die Bevölkerung hat weiterhin keinen unkommerziellen Treffpunkt und weiterhin doch keinen Ort für bürgerschaftliches Engagement. Von den 19 demokratisch gewählten Vertretern in der BV2 hat sich niemand die Mühe gemacht – bis auf eine Ausnahme!!! - mit uns zu sprechen oder die Entscheidung zu begründen oder sie uns zu erklären.

Erfolg für die Baumschützer am Rodenkirchener Rheinufer.

(Eine Zusammenfassung der Ereignisse)

Denn zeitgleich (in den letzten Monaten) hatte die selbe Bezirksvertretung Rodenkirchen (=BV2), zielstrebig daran gearbeitet einen großen Teil der Bäume am Sandstrand in Rodenkirchen (der Kölschen Riviera) roden zu lassen. Genau dort, wo sich die Leute im Sommer unter die prächtigen Pappeln oder zwischen die zarten Weiden legen wollen, um ein bißchen Schatten und ein bißchen Wildnis zu genießen, genau dort wollte die BV2 unter dem Vorwand von „Pfleßmaßnahmen“ 70 % der Bäume am Ufer wegsemmeln und mit den Wurzeln ausgraben lassen.

Da Nabis ja nun ein bißchen bekannt ist in Sachen Baumschutz, wurden wir von den Bürgern die, die Bäume erhalten wollten, bald eingeladen, um ihren Kampf gegen den Baumfrevel zu unterstützen.

Die erste Maßnahme zur Unterstützung bestand darin, die **Kommunikation** zwischen den Bürgern in der Initiative, zu verbessern.

Die zweite Maßnahme war, sachverständige **Baumpfleger zu organisieren**, um zu überprüfen, ob die Argumente des vor Ort sägenden Grünflächenamtes auch stimmten. Resultat: Sie stimmten nicht!

Dritte Maßnahme war, **Delegationen zu bilden**, die mit den **gesammelten Unterschriften** zur Bürgermeisterin und zum Grünflächenamt gingen, um den politischen Willen der Bürger zu unterstreichen.

Die Politiker in der BV2 verhalten sich – bis auf eine Ausnahme- so, als gäbe es uns, den mündigen Bürger, den Verein Nabis und die genannten Probleme nicht.

Daher fordern wir weiter: Das AWO-Häuschen soll Bürgerhaus werden!

Aber wir ignorierten das Tun und Lassen dieser Bezirksvertretung in der vergangenen Zeit nicht!

Die Kölschen Baumschützer waren sehr motiviert und ließen nicht locker: jeden Samstag wurden neue Flugblätter verteilt und neue Plakate mit den neuesten Infos an die Bäume gehängt. Jeden Sonntag wurde am Rheinufer neu diskutiert und weitere Unterschriften gesammelt. Die Methode bestand darin, den völlig unsinnigen Plan, die Bäume zu roden, zu **skandalisieren**. Der Kölner Wochenspiegel (das Käseblättchen vom DuMont – Verlag, das jede Woche in den Hausfluren herumliegt) berichtete sogar ganz ordentlich und half mit, die Angelegenheit bekannt zu machen. Jeden Donnerstag wurden die Ergebnisse und die weiteren Vorgehensweisen besprochen.

Die Bürgerinitiative wollte wissen, 1.) warum soll geholt werden und 2.) welche rechtliche Grundlage gibt es dafür? So einfach sich die Fragen anhörten, so schwer taten sich die Verantwortlichen in der Politik (z.B. Frau Ross-Belkner, CDU, Bürgermeisterin) und in der Verwaltung (z.B. Herr Bauer vom Grünflächenamt) mit der Beantwortung. Es gab keine klaren und keine plausiblen Antworten!!

Daher machten wir von Nabis den Vorschlag, zu einer **Bürgerversammlung** einzuladen, um Licht in das Polit- und Verwaltungs - Dickicht zu bekommen. Das macht deshalb Sinn, weil es in Deutschland in unserer Verfassung das sogenannte „**Informationsfreiheitsgesetz**“ gibt.

Was ist das Informationsfreiheitsgesetz?

Dieses Gesetz ist als Teil unserer demokratischen Rechte zu verstehen. Theoretisch „beauftragen“ die Bürger im Zuge der Volkssouveränität (Grundgesetz, Art. 20) ihre drei Gewalten (Gewaltenteilung), auf indirektem Weg die Exekutive, welche sich aus Regierung und Verwaltung zusammensetzt. Folglich sollten dem Volk als "Auftraggeber" Kontrollrechte zukommen. Das Informationsfreiheitsgesetz gewährt den Bürgern einen grundsätzlich freien Zugang zu allen in den öffentlichen Verwaltungen existierenden Informationen (Öffentlichkeitsprinzip). Das Öffentlichkeitsprinzip bezeichnet die Grundentscheidung eines Gemeinwesens, die Dokumente seiner Verwaltung grundsätzlich allen Personen offenzulegen (Verwaltungstransparenz). Sollen Informationen geheim gehalten werden, so muss eine Ausnahme ausdrücklich angeordnet werden. Ist keine solche Ausnahme mit triftigem Grund angeordnet worden, so hat jedermann ein Recht darauf, die Akten der Verwaltung einzusehen, ohne dass er ein besonderes Interesse nachweisen müsste. Das Informationsfreiheitsgesetz dient in erster Linie der demokratischen Meinungs- und Willensbildung.

Wir planten eine Bürgerversammlung, zu der auch die Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung eingeladen werden sollten, damit sie dann **öffentlich gegenüber dem Bürger** und den Bürgerinitiativen erklären müssen, was sie beschlossen haben, warum, und welchen Sinn die Rodungs - Maßnahmen haben sollen. Das ist unser demokratisches Recht, wir müssen es nur in Anspruch nehmen.

Der Termin für die Bürgerversammlung sollte der 18. Januar 07 sein, weil wir vermuteten, das die Stadt schon bald mit den Rodungen anfangen würde. Das war Mitte Dezember.

Doch Anfang Januar 07 setzte die BV2 einen anderen Termin für eine sogenannte „Bürger-Info“ zum Thema Abholzen am Rheinufer fest: und zwar für den 15. Januar. **Die BV2 kamen erst gar nicht auf die Idee, mit den Bürgern zusammenzuarbeiten und mit uns zusammen die Veranstaltung auszurichten!!!**

Also 3 Tage vor unserer Bürgerversammlung wollte die BV2 ihre eigene Veranstaltung durchziehen, genau mit denselben Leuten, die wir auch eingeladen hatten: der Bürgermeisterin, Ross Belker, dem Chef des Grünflächenamts (Bauer) und dem Vorsitzenden des Grünflächenausschusses (Götz Bacher). Es war klar, daß sie zu unserer Bürgerversammlung nicht kommen wollten. Es war klar, daß sie die Kontrolle über die Fragen und Antworten haben wollten. Es war klar, daß sie die Regie für eine Info - Veranstaltung haben wollten. Es war klar, dass sie einen Vorwand brauchten, um zu unserer Veranstaltung **nicht** zu kommen. Diese „Demokraten“ wollten sich nicht einfach so von intelligenten und neugierigen Bürgern, von ihren Wählern befragen lassen. Informationsfreiheitsgesetz hin, Informationsfreiheitsgesetz her.

Das macht uns aber nichts aus, denn wir (Kölsche Baumschützer und Nabis) beschlossen nun zu **beiden** Veranstaltungen einzuladen. Allerdings betitelten wir die Veranstaltung der BV2 in den Flugblättern von Nabis, die wir in hoher Auflage in Rodenkirchen und der Südstadt verteilten als

Reklameveranstaltung zur Abholzung am Rheinufer in Rodenkirchen

Das ärgerte manche Zeitgenossen, traf die Sache aber, wie wir später sahen, im Kern.

Infolge des ständigen Informierens der Bevölkerung durch die verteilten Flugblätter war der Sitzung-Saal im Bezirksrathaus am Tag der Bürgerinfo brechend voll. Im Flur und auf den Treppen tummelten sich noch Menschen, die sich nicht mehr in den Sitzungssaal hineinquetschen konnten; ca. 150 bis 200 Leute kamen. Während die Bürger-Info um 17 Uhr beginnen sollte, wurde die Presse schon für 16.30 Uhr geladen. Der Presse sollte kurz vorher gezeitigt werden, was die Bürger dann zu hören bekommen sollten. Es war also **keine Diskussion** mit der Bevölkerung über die

Rodungs-Maßnahmen geplant! Den Journalisten wurde mitgeteilt, daß am nächsten Tag, dem 16. Januar gerodet werden sollte!! Die Presse Leute (!!)

haben dann ihrerseits zum Ausdruck gebracht, daß dies bestimmt nicht die feine Art sei, mit Bürgern umzugehen, zwei Tage vor der eigentlichen Bürgerversammlung mit dem Roden zu beginnen. In der daran anschließenden Bürger - Info wurde dieses Vorhaben auch Gott sei dank nicht mehr angekündigt und auch fallengelassen. Es waren wohl mehr Bürger da, als sich das Frau Ross-Belkner (CDU) vorgestellt hatte. Die Bürgermeisterin Ross-Belkner und der Chef des Grünflächenamts Dr. Bauer führten einen wahren Eiertanz auf, um bloß die Fragen der Bürger **nicht** zu beantworten; und immer in der Hoffnung, daß wir um Gottes Willen nicht die ganze Wahrheit wissen mögen.

Die Abwimmel - Methode bestand u.a. darin, immer 10 bis 15 Fragen und Kommentare zu sammeln, um sie dann en bloc zu beantworten. Da sich aber einerseits das Publikum nicht mehr an die Frage 6 und an die Frage 13 erinnern konnte und auch Herr Bauer nicht die geistige Kapazität besaß, alle Fragen würdig zu beantworten, war das Publikum sehr unzufrieden mit den dürftigen und groben Antworten. Manche stellte ihre Fragen daher erneut, die dann immer wieder Paketweise gesammelt und spärlich beantwortet wurden. Herr Bauer wollte dem Publikum verklickern, daß man sich nur dort ordentlich erholen kann, wo man vorher mit der Kettensäge langgegangen ist. „Erholungsnutzung“ kontra Naturschutz war sein Motto. Ohne das man definierte, was man unter „Erholung“ eigentlich verstand. Auch Frau Ross Belkner wollte plausibel machen, dass man sich in der wildgewachsenen Natur nicht erholen kann. Jedenfalls nicht in Rodenkirchen. „So sind halt die politischen Entscheidungen.“

Das „üble Gestrüpp“ müsse weg und wo kommen wir hin, „wenn sich die Menschen dort im Weidenwäldchen am Rheinufer berauschen“? so ein Kommentar aus der mittelgroßen Gruppe Bürger, die auch anwesend war und die sich lautstark **für** die Rodungsmaßnahmen aussprachen.

Sie wähten einen undurchdringlichen Wald, indem sich zu zyklopische Barrieren wuchernde Pflanzen unter dichten Laubkronen quirliges Leben verbarg, vom dem unendlich viele Gefahren ausgingen. Der kleine zarte Auenwald am Rodenkirchener Rheinufer erregte mit seinem urwüchsigen und ungeformten Dasein das Unheimliche in den weglosen Tiefen ihres eigenen Unterbewußtseins. Indem so gefährlichen wie geheimnisvollen Bereich hausen im Sommer sogar welche mit Zelt und Lagerfeuer und berauschen sich an der Schönheit der Natur. Das ging (den Rodenkirchener Spießern) zu weit und es mußten „Sichtschneisen“ in das junge Gebüsch geschlagen werden.

Auch auf die leicht zu beantwortende Frage hin, ob daß Sägen und Roden dort aus ökologischen

Gründen **notwendig** sei, antwortete der Chef-Ökologe (Ideologe) Bauer aus dem Grünflächenamt: „Diese Frage stellt sich nicht!“ Obwohl die Frage gerade gestellt worden war. Er tänzelte dann noch 5 Minuten verbal und sehr ungelentk herum, ohne irgendetwas substantielles zu sagen. Obwohl genau dieser Herr Bauer nach Recherchen der Kölschen Baumschützern im Jahr 2004 ein ökologisches Gutachten über die ökologische Wertigkeit des gesamten Kölner Rheinufer bestellt hatte, das zu dem Schluß kam, daß das Rodenkirchener Rheinufer ein wertvolles und schätzenswertes Biotop und unbedingt zu erhalten sei. Darüber verloren die Bürger-Info-Veranstalter aber kein Sterbenswörtchen! Es war eben doch eine Reklameveranstaltung für das Abholzen und keine sachliche Diskussion mit dem Bürger und schon gar keine korrekte Information der Bevölkerung!

Obwohl die Veranstaltung einen hohen Unterhaltungswert besaß und teilweise an Studentische Sitzungen um das Jahr 1968 erinnerte, war es der Frau Bürgermeisterin dann bald zuviel mit der Diskutiererei und Herr Bauer war sehr zufrieden damit, daß die Veranstaltung dann um 19 Uhr abgebrochen wurde. Schade eigentlich. Denn es gab noch so viele offene Fragen. Aber:

Es sollte ja in 3 Tagen weitergehen.

Die Bürgerversammlung am 18. Januar

Wurde zu einer massiven Demonstration für die Erhaltung der Bäume am Rodenkirchener Rheinufer. Selbst die Polizei rief ab 16 Uhr am Tag der Bürgerversammlung dazu auf, nicht mehr auf die Straße zu gehen! Der Orkan „Kyrill“ fegte über Deutschland mit Spitzengeschwindigkeiten von über 200 Kilometern pro Stunde hinweg und legte in Köln das Öffentliche Nahverkehrssystem lahm.

Monster-Stürme, Hochwasser, Hitzewellen, Dürreperioden und das Abschmelzen der Gletscher. Was wollen wir mehr? Aus den neuen UNO-Berichten geht hervor, dass drastische Klima-Anomalien in Zukunft unsere Erde beherrschen werden. Dank der verantwortungslosen Politik der letzten 20 Jahren. Dank dem ständigen Abholzen von Bäumen und Wäldern, ob am Amazonas, in Sibirien oder am Rodenkirchener Rheinufer.

Dank der völlig verfehlten Energie- und Verkehrspolitik. Weltweit!

Es ist „sehr wahrscheinlich“, dass die Entwicklung nicht allein auf natürliche Ursachen zurückzuführen sei, sagt der UNO-Bericht, sondern durch das maßlose Verbrennen fossiler Brennstoffe, wie Kohle und Öl, verursacht wird. Die Politiker, die wir in den letzten 20 Jahren gewählt haben, haben sich konsequent gegen die Lebensgrundlagen der Menschen eingesetzt. Energiepolitik –

Verkehrspolitik – Umweltpolitik – alles im Sinne der Auto- Industrie und der Öl-Industrie. Weitere Folgen der Erwärmung seien auch zunehmende Dürreperioden, sowie Wirbelstürme bisher unbekanntes Ausmaßes. Kyrill war nur ein Vorbote: Mindestens 43 Tote (!) in Europa, Verkehrschaos, zehntausende Haushalte ohne

Elektrizität, Schäden in Milliardenhöhe: Mit dem Orkantief „Kyrill“ (altgriechisch: „Der Herr“) ist der schwerste Sturm der vergangenen zwanzig Jahre über Deutschland hinweggefegt und hat quer durch Europa eine Schneise der Verwüstung hinterlassen. Allein in NRW sind 25 Millionen Bäume entwurzelt und abgeknickt worden. Aber hat das die BV2 und das Grünflächenamt wachgerüttelt? Der Klimawandel und seine Folgen sind die größte Herausforderungen der Gegenwart und die Politiker in Rodenkirchen und die Schlafmützen im Grünflächenamt sind entrüstet, wenn man das weitere Abholzen von Bäumen mit der Klimaveränderung in Zusammenhang bringt.

Trotzdem kamen etwa 25 mutige Leute zur Bürgerversammlung, während das Sturmtief über Köln hinwegbrauste. Durch die von Nabis - Mitgliedern angestoßene Diskussion über die Hochwertigkeit und Schutzwürdigkeit von entstehen Auenwäldern („Biotope“) und weiterer Recherchen der Kölschen Baumschützer wurde langsam deutlich, daß in dem **Pflegeplan**, der für das Rheinufer beschlossen war, den Vorschlägen des Sachverständigen Gutachten des Bonner Öko-Instituts Kossak entsprach. Das Gutachten, das seinerzeit (im Jahr 2004) Herr Bauer (Grünflächenamt) auf den Weg gebracht hatte und das davon sprach, daß das Gebiet in Rodenkirchen schutzwürdig ist und nicht angerührt werden darf. Die übergeordnete Bezirks**regierung** hatte dem Plan zugestimmt und diesen mitfinanziert. Die BezirksVertretung in Rodenkirchen (deren Beschlüsse eigentlich nur empfehlenden Charakter haben) hat es in monatelanger Wühlarbeit aber trotzdem geschafft, den Grünflächenausschuss (das ist der Ausschuss der dem Stadtrat beigestellt ist) davon zu überzeugen, den Plan für Rodenkirchen zu ändern, um abholzen zu können – gegen den Willen der Bevölkerung und gegen den Willen der übergeordneten Bezirksregierung.

Daher haben wir (von Nabis und den Kölschen Baumschützer) und wohl auch einige andere Bürger dann die Bezirksregierung mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln Dampf gemacht: Briefe schreiben, Anrufen, Hingehen, Unterschriftenlisten abgeben, sogar eine einstweilige Verfügung wurde organisiert.

Und siehe da: Die Bezirksregierung musste reagieren und stoppte am 24 Januar 07 alle Maßnahmen und untersagt dem Grünflächenamt die Rodungen am Rodenkirchener Rheinufer! Die Bezirksregierung stellte sich voll hinter den Argumenten der Bürgerinitiativen. Herr Bauer fand unseren Protest „in diesem Maße ungewöhnlich“. So etwas habe er seit den 80ziger Jahren nicht mehr erlebt. (siehe: StadtRevue, März 07) Im Kölner Stadtanzeiger (01.02.07) ergänzte er noch: Die Verfügung der Bezirksregierung „sei sehr allgemein gehalten“ und biete immer noch „Raum für Interpretationen“!!! Das heißt der Pseudo-Ökologe und Chef vom Grünflächenamt Bauer will mit dem Zerstörungswerk weiter machen!

Da fragt sich doch gleich:

- wieso eigentlich?
- Welches Interesse vertritt der Verwaltungsmann Bauer hier?
- Welche Interessen hat die Verwaltung, -die ja eigentlich nur ausführendes Organ ist-, so zu agieren?? Darüber hinaus blieben folgende Fragen noch offen:
- Wie kann der Wille von wenigen Anwohnern am Rheinufer die BV2 und die Parteien dort so dominieren, daß die Entscheidung der BV, die ansonsten nur empfehlenden Charakter hat (siehe AWO-Häuschen) sich an anderer Stelle so stark durchsetzen, daß sogar der Umweltausschuß des Rates da mitspielt?
- Wie war es möglich, daß der Umweltausschuß einer Änderung des Pflegeplans wegen angeblicher wichtiger „Erholungsnutzung“ mit vorhergehender Rodung des Biotops zustimmte?
- Wieso war das Grünflächenamt bereit diesen Frevel wider besseres Wissen mitzumachen?

- Welche Rolle spielen die Grünen? Die Grünen in Rodenkirchen (BV2) und im Grünflächenausschuss (des Rates) haben doch jeweils über die Veränderung des Pflegeplans zugunsten der Rodungen in Rodenkirchen abgestimmt oder sogar zugestimmt. Warum? Oder haben sie abgestimmt ohne zu wissen worüber?

Okay, vorerst ist eine wichtige Schlacht um die Bäume am Rodenkirchener Rheinufer gewonnen. Aber das bedeutet nicht, daß das Grünflächenamt und die BV2 diesbezüglich untätig sein werden. Im diesem Frühjahr können sie aus gesetzlichen Gründen nicht mehr roden, aber ab Herbst könnte es wieder losgehen. Das bedeutet für beide Bürgerinitiativen wach bleiben und frühzeitig die Bürger informieren.

In diesem Sinne

Ottmar Lattorf (für Nabis)

Treffpunkt Eifelwall 3 schon wieder am Ende

Zum 4. April müssen wir das Gebäude verlassen. Der Vermieter hat zwar dankenswerterweise im Februar den Mietpreis für einmal Treffen im Monat von 100 Euro auf 50 Euro gemindert. Letzte Woche hat uns aber unangekündigt mit einem befreundeten Künstler der Boden des Hörsaals, den wir für unsere Treffen und unsere Veranstaltungen gemietet hatten, mit 5 ½ t feuchten Rhein-Sand vollgekippt!!! Mitten in der Mobilisierungsphase für unsere Veranstaltungsreihe hatten wir die Wahl zwischen sofort rausgehen oder die Veranstaltungsreihe mit Sand doch noch irgendwie durchführen. Wir haben uns für Durchführen in kleinen Rahmen entschlossen. Der Vermieter ist zwar durch die Sand-Aktion vertragsbrüchig geworden und rein rechtlich müßte er uns einen neuen Raum bezahlen, aber wir wissen dass er Sozialhilfeempfänger ist und man kein Geld einklagen kann. Er hat kein Interesse daran, mit irgendjemand zu kooperieren oder die Räumlichkeiten zu einem offenen Treffpunkt werden zu lassen, obwohl er vorher genau das angekündigt hatte. Des Menschen Wille ist sein Himmelreich. Wir sind leider einem Hochstapler aufgesessen. Also suchen wir ab sofort wieder einen neuen Treffpunkt und einen kleinen Veranstaltungssaal.

Vorträge, Filme, Gesänge

WO? - In der ehemaligen Desinfektions - Anstalt¹. 50674 Köln Eifelwall 3

Bhajans-Singen, Mantras und Rainbow Songs **singen, mit Joopi (Git.) und Andreas (Tabla)**

Ein Bhajan ist ein Volkslied in der indischen Musik. In den Bhajans besingen die Sänger/innen ihre Liebe zur Natur und zu Gott in einfachen Worten, die häufig wiederholt werden.

Wann? : Donnerstag 1. März und 29. März 07, 19.30 Uhr, Eintritt: Spende

Die Mikroben kommen!! Was sind eigentlich „Effektive Mikroorganismen“?

Vortrag von Daniel Zippel

Die meisten Menschen ekeln sich bei dem Gedanken, mit Mikroben zu tun zu haben. Da wäscht man sich schon lieber die Hände und ist froh, daß der Dreck weg ist. Das es aber auch Mikroben und Bakterien gibt, die im Klo, in der Erde oder dem Darm hausen können und die uns ungeheuer nützlich sind, vermutet man normalerweise nicht. Aber genau darum geht es in diesem Vortrag. Der Vortrag berichtet über die erstaunlichen Erfolge von so genannten **effektiven** oder nützlichen Mikroorganismen, EM genannt. Der Vortrag wird illustriert durch einen Dokumentar- Film mit dem prophetischen Titel : „**Neuland**“.

Wann? : Mittwoch, 7. März 2007, 19.30 Uhr, Eintritt: 3,- /5,- Euro²

Kranke Wälder – Kranke Menschen. Vortrag von Prof. Horst Bannwarth

Die Bäume sind des Menschen beständige Helfer. Doch es wird in Köln, wie auch andernorts gesägt und gesägt, obwohl fast 70 Prozent des Waldbestandes krank sind. Kaum ein Mensch kümmert sich darum, wie man den Bäumen helfen kann. Durch den drohenden Klimawandel verschlimmert sich die Lage für die Wälder noch, weil die vermehrt auftauchenden Stürme auch Stress für die Bäume darstellen. Horst Bannwarth sieht auf 20 Jahre Waldschadensforschung zurück und hat Antworten auf die Frage, welche Möglichkeiten der Mensch bei der Verbesserung von Baum- und Waldbeständen hat. **Wann?** : Mittwoch, 14. März, 07, 19.30 Uhr, Eintritt: 3,- /5,- Euro

Klimaveränderung, Uranverseuchung und das Ende des Ölzeitalters im Anmarsch. Vortrag von Ottmar Lattorf

Seit etwa 100 Jahren sind die sogenannten „entwickelten“ Industriegesellschaften dabei, die begrenzten fossilen Energieträger der Erde (Öl, Kohle, Gas) zu verprassen. Vom Verbrauch des billigen Erdöls hängen heute nicht nur die Auto – Industrie und die Militärmaschinerien ab, sondern auch das Lebens- und Konsum - Modell der bürgerlichen Gesellschaft. Für dieses Lebensmodell führt die USA einen Öl-Beschaffungs-Krieg gegen den Irak und wohl demnächst auch gegen den Iran und das mit Mitteln über die die Massen-Medien nicht berichten: Urangeschosse verseuchen nicht nur den Irak **Wann?** : Mittwoch, 28. März 07, 19.30 Uhr. Eintritt 3,- /5,- Euro

Die Prophezeiungen der Hopi- Indianer. Legendärer Dokumentarfilm von 1985; der Film ist von den Hopi auf den Weg gebracht und von einem japanischen Filmteam realisiert worden. Obwohl die Prophezeiungen der Hopi-Indianer auf vor-kolumbianische Zeiten zurückgehen, klingen die an den „wildgewordenen weißen Mann“ gerichteten Botschaften dieses alten und mystischen Volkes erstaunlich aktuell und realitätstüchtig.

Wann?: Mittwoch, 4. April 07, 19.30 Uhr. Eintritt 3,- / 5 Euro

Verantwortlich im Sinne des Presserechts für Nabis e.v. Ottmar Lattorf, Mannsfelder Str. 17, 50968 Köln, Telefon: 0221/ 34 11 82 , siehe auch www.nabis.de, und www.was-die-massenmedien-verschweigen.de

¹ Die Desinfektions - Anstalt war ein Teil des Gesundheitsamtes. Aus stadtplanerischen Gründen (Privatisierung) mußte diese Abteilung ausgelagert werden. Das Gebäude wird nun von Künstlern und Bildungsschaffenden genutzt. Künftig soll es „Neotopia“ genannt werden.

² Eintritt: 3,- oder 5,- Euro, je nach Selbsteinschätzung. Nabis Vereins - Mitglieder haben freien Eintritt



Natur, Bildung und Soziales, Bürger informieren Bürger e.V.

www.nabis.de

.....März 2007

Baumschutz? Naturschutz? Ja bitte! Aber wie?

Ein ökologischer Bildungsverein lädt ein: Nabis e.V. Wer sind wir?

Der Verein **Nabis** hat u.a. zum Ziel, die stetige Abholzung von Bäumen und die Zerstörung von Natur (Köln und anderswo) zu verhindern. Das funktioniert aber nur, wenn man sachkundig ist und weiß welche Möglichkeiten und Rechte man hat, die Natur zu verteidigen. Außerdem laufen Aktionen zur Erhaltung von Natur um so leichter, je mehr die Bevölkerung weiß, welch enormen Nutzen der Mensch von den Bäumen und der Pflanzenwelt hat.

Fast überall wird die vorhandene Natur einer rücksichtslosen und kurzsichtigen Verkehrs-, Bau- und Energie- Politik untergeordnet. Überall haben Bäume zu weichen, obwohl die Industriegesellschaften 3 mal soviel CO₂ in die Atmosphäre pusten wie von den Pflanzen aufgenommen werden kann.

Die Natur, die Luft, die Flüsse und die Bäume gelten in diesem Wirtschaftssystem, dem Kapitalismus, als frei verfügbare Ressourcen, die man nach belieben benutzen, erobern, kaufen oder zerstören kann. Darum ist es egal, wo man lebt. Alle Erdenmenschen haben mit den Auswirkungen dieses Systems—z.B. der Klimaveränderung - zu tun.

Daher können Problemlösungen überall gefunden werden, auch da wo wir wohnen. Darum haben wir uns als **Nachbarschafts - Verein** gegründet, frei nach dem Motto: **global denken – lokal handeln.**

So sind wir also bemüht, die Zerstörung von Natur konkret zu bekämpfen, wo immer es vor Ort möglich ist. Das bedeutet auch, daß wir uns immer wieder mit den ökologischen Problemen des Baum- und Naturschutzes vertraut machen müssen. Andererseits müssen wir die sozialen, politischen Rahmenbedingungen verstehen, damit wir erfolgreich eingreifen können. Darum treffen wir uns regelmäßig.

Will man aber **grundsätzlich** etwas gegen die drohenden Auswirkung der Klimaveränderungen unternehmen (Hochwasser, Hurrikane, Dürren, Gletscherschmelze), so muß man **sich dem energiefressenden Lebensentwurf der westlichen Konsumgesellschaft stellen!** Zumindest müßten alle noch vorhandenen Bäume, Wälder und Brachen erhalten bleiben. Dafür engagieren wir uns. Ihr seid eingeladen mitzumachen!

Spendenkonto: 8523326, bei Stadt-Sparkasse Köln, BLZ:370 501 98

Straßen statt Bäume

Die Naturschutzverbände in NRW sehen einen Kahlschlag im Landesumweltrecht voraus. Mit dem neuen Landschaftsgesetz will das Land Beteiligungs- und Klagerechte beschneiden

VON MORITZ SCHRÖDER

Knorrige alte Eichen und traditionsträchtige Alleen verlieren ihre größten Fans. Landschaftsverbände müssen in Zukunft nicht mehr gefragt werden, bevor so genannte Naturdenkmäler oder natürliche Landschaftsteile für Baumaßnahmen zer-

Tisch, wenn im Land neue Straßen gebaut oder der Schutz von Biotopen aufgehoben werden sollte. Das Oberhausener Landesbüro der drei großen Umweltschutzverbände NABU, BUND und Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt (LNU) musste sogar von den Behörden nach einer Stellungnahme bei geplanten Eingriffen in

regierung. Sie hat diese Rechte im Jahr 2000 in das Landschaftsgesetz hinein geschrieben. „Das war ein Meilenstein für den Naturschutz“ sagt Jansen vom BUND. Vor allem im Bereich Gewässerschutz war das Landesrecht naturfreundlicher als die Bundesversion.

Verbandsklagen richteten sich in NRW bislang etwa gegen »den Ausbau von Flugplätzen

wie im Rhein-Sieg-Kreis oder die Absenkung des Wasserspiegels für den Kohlebergbau. 13 Mal sind die Umweltverbände in NRW seit dem Jahrtausendwechsel vor Gericht gezogen. Der Flugplatz im Sieg-Kreis entspricht nach einer Klage nun eher den Vorstellungen der Umweltschützerinnen. Wegen einer Klage des BUND musste sogar der Papst umziehen. Statt wie geplant auf einer Heide fand der katholische Weltjugendtag 2005 auf dem Marienfeld bei Köln statt. Die Klage konnte mit Genugtuung zurückgezogen werden.

„Entscheidend ist aber nicht, dass wir klagen, sondern die vorbeugende Wirkung“ sagt Dirk Jansen, Sprecher des BUND in Nordrhein-Westfalen. Schon durch die bloße Möglichkeit wurden bereits Entscheidungen von Behörden beeinflusst, wie das Landesumwelt-

ministerium unter Eckhard Uhlenberg (CDU) eingesteht. Im November 2005 berichtete das Ministerium, die Erweiterung der Autobahn A33 sei nach einer Einigung mit den Verbänden nicht wie geplant durch ein geschütztes Waldgebiet gebaut worden. Im Bereich Biotopschutz seien neun Verwaltungsentscheidungen nachträglich verändert worden.

Trotz der erfolgreichen Kompromisse will Eckhard Uhlenberg den Verbänden nun die Krallen schleifen: „Mit dem neuen Landschaftsgesetz erhöhen wir die Akzeptanz des Naturschutzes durch den Abbau unnötiger Bürokratie“ begründete er die Änderungen. So sollten Wettbewerbsnachteile abgebaut werden. In Ländern wie Schleswig-Holstein gelten teilweise jedoch noch höhere Standards als in NRW. Unter anderem soll die Verbandsklage in NRW auf den niedrigeren Bundesstandard angepasst werden. Die Konsequenz: „Wenn es um Eingriffe in Naturschutzgebiete geht, werden wir in Zukunft nur noch beteiligt“ geklagt werden dürfe nicht mehr, kritisiert NABU-Landeschef Tumbrinck. Einhellig erklären die Naturschützerinnen im Land: „Dadurch wird der Naturschutz um 30 Jahre zurückgeworfen.“

THEMA DES TAGES

Umweltschützerinnen sollen nicht mehr klagen

Ausschließlich Verschlechterungen sehen Nordrhein-Westfalens Umweltschutzverbände auf sich zukommen. Bald soll das neue Landschaftsgesetz verabschiedet werden. Die Verbände könnten damit weniger Einfluss auf Eingriffe in die Natur nehmen. Dabei gäbe es ohne sie wohl kaum Anwälte für den Naturschutz.

stört werden. Auch eine jahrelang bestehende saftige Mager weide soll in Zukunft ohne großen Widerstand neuen Gebäuden weichen. So steht es im neu verabschiedeten Landschaftsgesetz, das die Landesregierung Anfang Dezember vergangenen Jahres beschloss. Hat und gestern im Landtag diskutiert wurde. „Die Landesregierung stützt uns die Flügel“ kritisiert Josef Tumbrinck, Vorsitzender des Naturschutzbundes (NABU) NRW. Bisher saßen die NaturschützerInnen regelmäßig mit am

die Natur gefragt werden. Rund 1.200 Mal im Jahr waren die Umweltschützerinnen laut BUND beteiligt. Die wirksamste Waffe haben die Organisationen bislang mit der Verbandsklage. Damit können sie in bestimmten Fällen gegen einen Eingriff Klage beim Verwaltungsgericht einreichen, ohne selbst davon betroffen zu sein.

Diese Mitspracherechte im Umweltschutz gehen über die Regelungen im Bundesnaturschutzgesetz hinaus, dank der ehemaligen rot-grünen Landes-

„Die Verbandsklage wird nicht gewollt“

Mit der Verbandsklage besitzen Verbände eine wichtige Waffe für den Umweltschutz, sagt Susanne Creutzig **taz: Frau Creutzig, was ist eine Verbandsklage? Susanne Creutzig:** Prinzipiell ermöglicht es die naturschutzrechtliche Verbandsklage den Verbänden, eine Klage anzustrengen, ohne dass sie direkt in ihren eigenen Rechten betroffen sein müssen. Diese Verbandsklage ist relativ eigenschränkt im Bundesnaturschutzgesetz vorgesehen. Im Umweltrechtsbehelfsgesetz werden dagegen erweiterte Klagen wie gegen bestimmte umweltrechtliche Zulassungsregelungen für Industrieanlagen und Infrastrukturmaßnahmen geregelt. Leider ist die Verbandsklage politisch nicht mehr gewollt.

Kritiker der Umweltverbände behaupten, diese Gesetze würden eine Klagewelle herbeiführen.

Diese Vorwürfe sind überzogen. In NRW gab es seit 2000 lediglich dreizehn Fälle von Verbandsklagen.

Warum ist diese Zahl so niedrig?

Der Anwendungsbereich der Verbandsklage ist relativ eng gefasst, von daher kommen nur wenige Fälle in Betracht. Nicht jeder Fall ist zudem für eine Klage geeignet. Außerdem haben die Naturschutzverbände nur sehr begrenzte Finanzmittel zur Verfügung, so dass nicht alle möglichen Verbandsklagen auch verfolgt werden können.

Übernehmen die Naturschutzverbände mit der Verbandsklage auch eine Anwaltsfunktion für Bürger?

Ja, die Bürgerinnen und Bürger machen erfahrungsgemäß kaum Gebrauch von ihren Rechten. Daher ist die Rolle der Verbände als Anwalt der Natur umso wichtiger. Leider müssen die Verbände nach dem neuen Umweltbehelfsrecht ein verletztes Recht konkret vorweisen, zum Beispiel auf einem Grundstück, das ihnen selbst gehört. Die Rechte, die die Verbände eigentlich aus der Aarhus-Konvention erhalten sollten, haben sie de facto nicht. Der NABU hat daher auch eine Beschwerde bei der EU eingereicht und ist sehr optimistisch, dass in Brüssel schnell entschieden wird.

Hält sich Nordrhein-Westfalen auch nicht an das Europa-Recht?

Ein Trend zur Absenkung der Umweltsstandards auf das bundesgesetzliche Minimum lässt sich überall erkennen. NRW ist da Vorreiter. Im Zuge der Föderalismusreform kam es außerdem vor, dass einzelne Bundesländer versucht haben, das EU-Recht gegen Bundesrecht auszuspielen, wenn auf europäischer Ebene niedrigere Standards gelten. Da ist im Moment eine Menge im Fluss.

INTERVIEW: C.WERTHSCHULTE

Die Kölner Rechtsanwältin **SUSANNE CREUTZIG**, 35, arbeitet als externe Rechtsberaterin für den Umweltverband NABU.